

Eher esoterisch mutete das Thema an: „Möglichkeiten, Nutzen und Nachteil einer Kammer der pharmazeutischen Industrie“. Dazu referierte Prof. J. F. Volrad Deneke am 5. Februar auf einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in München. Der Knalleffekt kam später, in der Diskussion.

Doch schon Denekes Thema entpuppte sich als weniger esoterisch als vermutet. Denn auch für die pharmazeutischen Unternehmen ist eine Selbstverwaltung in Gestalt von Kammern denkbar. In Kammern sind zwar überwiegend freie Berufe organisiert (Deneke ist Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe), aber auch Handwerk, Handel und Industrie sind, wenn auch weitaus lockerer als freie Berufe, in Kammern zusammengeschlossen – Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern. Auch die Idee einer Kammer der pharmazeutischen Industrie kam aus der betroffenen Industrie selbst: Günther Klinge, mittelständischer Unternehmer aus Bayern, und Max P. Tiefenbacher, ehemals Vorsitzender des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie, haben sie schon 1988 in die Welt gesetzt. Deneke hat das Für und Wider dann in einer Veröffentlichung („Kammern der pharmazeutischen Industrie“, Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 1990) erschöpfend erörtert. Tenor: Die Vorteile überwiegen.

Industrie: skeptisch

Laut den Urhebern des Gedankens können eine Reihe von Aufgaben, die zur Zeit vom Staat wahrgenommen werden oder die die Verbände der Pharma-Industrie mittels Vereinbarungen regeln, durch Kammern wahrgenommen werden. Die entscheidende Frage ist, ob der Staat bereit ist, Aufgaben, etwa in Sachen Arzneimittelsicherheit, zu übertragen oder ob er sie als derart hoheitlich ansieht, daß sie nur durch ihn selbst wahrgenommen werden können. Die Grenze ist fließend, und wo man sie zieht, das hängt im wesentlichen davon ab, inwieweit man Selbstverwaltungseinrichtungen zu-

Kassen-Pharmazeutische Vereinigungen: Schillernde Idee

traut, objektiv und unbestechlich auch öffentliche Dinge zu regeln.

Trotz der Urheberschaft aus der Industrie scheinen freilich viele, wenn nicht gar die Mehrzahl der Pharma-Unternehmen der Idee skeptisch bis ablehnend gegenüberzustehen. Darauf deutete jedenfalls die Münchener Tagung hin. In der Tat muß es auf Unternehmen, die zumindest nach der Theorie frei am Markt agieren, befremdlich wirken, sich selbst in Kammern einzubinden. Geht der gesellschaftspolitische Trend nicht sogar dahin, weniger zu regeln und mehr zu privatisieren, argumentierten Industrievertreter.

Die Befürworter verweisen darauf, daß die pharmazeutische Industrie, vor allem soweit sie für den großen Markt „Sozialversicherung“ produziert, schon heute sozial eingebunden ist. Aber auch darüber hinaus sei sie in beachtlichem Ausmaß dem Gemeinwohl verpflichtet. Deneke schlug in München vor, einen Gesetzesvorschlag auszuformulieren, in dem die möglichen Aufgaben von Kammern der pharmazeutischen Industrie und deren Organisationsform beschrieben würden. Einer Kammer müßten, laut Deneke, alle Pharmahersteller als Pflichtmitglieder angehören; jedes Unternehmen hätte eine Stimme. Die Folge: Kleine und mittelständische Unternehmen würden gegenüber den großen gestärkt. Vielleicht erklärt sich daher, daß die Vertreter großer Pharmaunternehmen bei der Münchener Tagung zumeist als schweigende Zuhörer auftraten.

Kassen: angetan

Nun der oben angekündigte Knalleffekt: Er wurde von Dr. Franz Josef Oldiges, dem Hauptgeschäftsführer des AOK-Bundesverbandes, gezündet. Oldiges sieht in einer „Kammer“ in erster Linie einen Kontrahenten bei Preisverhandlungen. Er

stellt sich ein Pendant zur Kassenärztlichen Bundesvereinigung beziehungsweise zu den regionalen Kassenärztlichen Vereinigungen vor. Ihm scheint vorzuschweben, das bei den Kassenärzten erprobte Handlungsmuster sinngemäß auf die Pharmaindustrie zu übertragen: Preise, Produktpalette, Mengenkompente.

Ärzte: gute Erfahrungen

Eine solche Selbstverwaltung muß nach Oldiges so konstruiert sein, daß sie ihre Mitglieder an Verhandlungsergebnisse binden kann. Kurzum: Oldiges redete nicht „Kammern“ das Wort, sondern Kassen-Pharmazeutischen Vereinigungen. Der Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Rainer Hess, sekundierte Oldiges: Das System habe sich alles in allem für die Kassenärzteschaft bewährt, auch für die Industrie werde es sich als nützlich erweisen.

Von Kammern war fortan in München nicht mehr die Rede und wenn, dann von solchen nach dem Muster von Österreich, wo Kammern und Kassenärztliche Vereinigungen praktisch gekreuzt sind. Die Vertreter der Industrie äußerten sich, sofern sie sich überhaupt zu Wort meldeten, konträr. Da waren einerseits die reinen Marktwirtschaftler, denen ein solches Konzept von Grund auf zuwider ist; und da waren andererseits jene, die in Kassen-Pharmazeutischen Vereinigungen das kleinere Übel sehen. Das kleinere Übel, verglichen mit der heute schon gegebenen Situation: Den pharmazeutischen Unternehmen würden doch von Bundesarbeitsministerium und Krankenkassen die Daumenschrauben angezogen. Sie seien in der Preisbildung längst nicht mehr frei. Da sei es doch besser, statt Kassen und Politik ausgeliefert zu sein, in Verhandlungen wenigstens mitzumischen. NJ